

Wolfswille

Anzeigenpreis: für Anzeigen aus Ostpreußen, Schlesien (je mm 0,12 Zloty für die achtgepaltene Zeile, außerhalb 0,14 Zloty Anzeigen unter Text 0,50 Zloty, von außerhalb 0,60 Zloty. Bei Wiederholungen tarifliche Ermäßigung.

Zentralorgan der Deutschen Sozialistischen Arbeitspartei Polens

Abonnement: Vierteljährig vom 1. bis 15. 3. cr. 1,65 Zl., durch die Post bezogen monatlich 4,00 Zl. Zu beziehen durch die Hauptgeschäftsstelle Kattowitz, Beatestraße 29, durch die Filiale Königsberg, Kronprinzenstraße 6, sowie durch die Kolporteurs.

Redaktion und Geschäftsstelle: Kattowitz, Beatestraße 29 (ul. Kosciuszki 29). Postfachkonto B. R. D., Filiale Kattowitz, 300174. — Fernsprechanhänge: Geschäftsstelle Kattowitz: Nr. 2097; für die Redaktion: Nr. 2004

„Die Befreiung der Arbeiterklasse kann nur das Werk der Arbeiter selbst sein.“ Karl Marx.

2 → **Alle Stimmen der Liste** ← 2

Zaleski nach Genf abgereist

Fühlungnahme zu den litauischen Verhandlungen — Eine Vorschau für die Ratstagung

Warschau. Freitag abend um 7 Uhr ist Außenminister Zaleski mit der polnischen Delegation nach Genf abgereist. Einer Information eines Warschauer Regierungsblattes zufolge ist damit zu rechnen, daß, wenn auch die polnisch-litauische Frage in Genf diesmal nicht offizieller Beratungsgegenstand sein wird, sie dennoch in privaten Unterredungen zwischen Zaleski und den Ministern der Westmächte zur Sprache kommen wird. Wie verlautet, soll zur Unterstützung dieser Besprechungen besonders in der französischen Presse eine betonte Propaganda gegen Litauen in Szene gesetzt werden.

Man rechnet polnischerseits damit, daß sich die Verhandlungen mit Litauen weiter hinziehen werden, da Polen sich mit Königsberg als Verhandlungsort nicht einverstanden erklärt hat. Als Verhandlungsvermittler wird auf polnischer Seite der Name des belgischen Außenministers Symons genannt, der ein guter Kenner Litauens ist.

Paris. In einer Vorschau zur Tagung des Völkerbundesrates gibt der „Matin“ der Auffassung Ausdruck, daß der pol-

nisch-litauische Konflikt nicht auf die Tagesordnung gesetzt werde. Als die große Aufgabe dieser Tagung bezeichnet das Blatt die genaue Festlegung der Investigationsmethoden des Völkerbundes. In Anlehnung auf einen Artikel des „Pester Lloyd“, der Briand beschwört, die Locarno-Politik vor den Wahlen nicht dadurch zu kompromittieren, daß er eine Aktion gegen Ungarn einleite, glaubt das französische Blatt vorherzujagen zu können, daß sich Briand entschlossen zeigen und eine Untersuchung der St. Gotthard-Affäre verlangen werde. Die Abmachungen von Locarno sähen vor, gewisse Rechte der Sieger gegenüber den Besiegten aufzugeben unter der Bedingung, daß der Völkerbund sich mit der Durchführung der Verträge befaße. Wenn der Bund hierzu unfähig sei, dürfe man nicht annehmen, daß Frankreich auf jede Kontrolle verzichteten werde. Schließlich gibt der „Matin“ seinem Bedauern Ausdruck, daß sich die ungarische Regierung mit Graf Bethlen zum zweiten Male innerhalb von drei Jahren gegen die internationale Moral auflehne.

In letzter Stunde

Von Eugen Beszka.

Nur einige Stunden trennen uns noch von der Entscheidung, ob in Zukunft der polnische Staat weiter wie bisher von der Reaktion regiert wird, oder ob die Arbeiterklasse sich ihren Einfluß auf die weiteren Geschicke unseres Landes sichert. Mit letzter Kraftanstrengung versuchen die bürgerlichen Parteien aller Schattierungen der Arbeiterklasse nachzuweisen, daß nur sie allein die Retter sind. Noch fahren sie jetzt einer gegen den anderen ihr schwerstes Geschütz auf und enthüllen ihr „arbeiterfreundliches“ Herz, das angeblich so warm schlägt für alle Leidenden, die sie bisher systematisch betrogen haben.

Fünf Jahre und länger haben alle diese bürgerlichen Parteien und Parteien die Macht in den Händen gehabt und sie auch rücksichtslos ausgenützt, aber nur in ihrem eigenen Interesse. Die Arbeiterklasse, die ihnen gutgläubig die Stimmen gab, stand beiseite und durfte noch nicht einmal, wie es so schön in der Bibel heißt, die Brotsamen essen, die da von den Tischen dieser Herren fielen. Als Stimmwech benutzt zu werden, dazu ist ja die Arbeiterklasse gut genug. Mitzubestimmen und mitzuwirken, dazu taugt sie nach Ansicht dieser Herrschaften nicht.

Diese Rolle weiter zu spielen muß sich die Arbeiterklasse endlich ein für allemal verbieten. Genug der Versprechungen, genug der schönen Worte, die der Bourgeoisie wie Honig von den Lippen fließen. Die Masse aller dieser Vielversprechungen ist geküffelt, sie haben sich in den letzten Jahren zur Genüge selbst entlarvt. Das physisch und geistig schaffende Proletariat muß endlich vollständig auf die Szene treten und ihre eigenen Geschicke selbst in die Hand nehmen. In allen kultivierten europäischen Ländern hat das Proletariat seine Prüfung abgelegt. Und sie ist wahrlich nicht schlecht ausgefallen. Das gesamte Bürgertum ergreift ein panischer Schrecken. Aus ist es mit ihrer goldenen Herrschaft. Wie ein Titan, riesengroß und stark hat sich das Proletariat erhoben und sich auf eigene Beine gestellt. Mit eigenen Ellenbogen bahnt es sich einen Weg zu dem Steuer des Staates und wirft es herum, einen eigenen Kurs einzuschlagen. Alles, was arm und schwach und mühselig und beladen ist, tritt ein in die Front der Arbeit um mitzutreten für eine neue Zukunft. Es liegt an der Arbeiterklasse selbst, wann der Zeitpunkt herantritt, in welchem sie die Führung in Staat und Wirtschaft übernimmt. Es liegt aber auch an ihr selbst, wenn dieser Zeitpunkt immer mehr in weite Ferne rückt. Sie kann sich selbst durch ihre eigene Interesslosigkeit die Gruft ihrer Unfreiheit vermauern, daß es kein Entrinnen mehr gibt — oder sie selbst wird durch entschlossenes Zutreffen, durch tatkräftige Arbeit zur Auferstehung gelangen. Die Arbeiterklasse selbst muß ihr eigener Baumeister an ihrer Zukunft sein, sie kann es sein — wenn sie nur will!

Die Gelegenheit hierzu hat die oberschlesische Arbeiterklasse bei den jetzt und nächsten Sonntag stattfindenden Wahlen zum Sejm und Senat der Republik Polen. Wir Sozialdemokraten stehen auf dem Standpunkt, daß mittels des Stimmzettels, dieser harmlosen Waffe, die Macht der Arbeiterklasse erobert werden kann. Doch ist dies nur so lange möglich, als die Demokratie noch im gleichen, direkten und geheimen Wahlrecht zum Ausdruck kommt. Da die Arbeiterklasse innerhalb der Bevölkerung Polens, vor allen Dingen aber Oberschlesiens, die weitüberwiegende Mehrheit darstellt, muß sich diese Mehrheit auch in der Mehrheit der Vertreter im Parlament auswirken. Die Arbeiter- und Angestelltenklasse hat es also sehr leicht in den Besitz der Macht im Staate oder zu erhöhtem Einfluß in diesen zu kommen, wenn sie es versteht, den Stimmzettel richtig zu handhaben. Noch ist es Zeit! Noch hat das Proletariat Gelegenheit, das demokratische Wahlrecht für sich bis zur letzten Konsequenz zu benutzen — noch gilt die Stimme des Arbeiters, des Angestellten, der Arbeiterfrau, überhaupt des Proleten, genau so viel, wie die des Fürsten Radziwill, des Generaldirektors Geisenheimer oder irgend eines anderen Großkapitalisten oder Großgrundbesizers. Noch ist die Stimme des Arbeiters, des Anwalts, des Sozialrentners, genau so gut, wie die des Millionärs, des Dividendenbeziehers oder sonst eines anderen Ausbeuters der Arbeiter-

Die deutsche Annäherungspolitik

Paris. Auf Grund einer Unterredung mit Reichsaußenminister Dr. Strossemann veröffentlichte Marcel Ran im „Recht Journal“ einen Artikel über das Vertrauen in Deutschlands Annäherungspolitik und kommt zu dem Schluß, daß die Verleihung des Ehrendoktorats seitens der Universität Heidelberg, die doch als „Konferatorium des Nationalismus und eine Aktion des Alten Regimes“ gelte, am besten beweise, daß selbst die misstraulichsten Elemente dem Staatsmann ihre Huldigung nicht verweigern könnten. Man könne sehr bedeutungsvolle Anzeichen eines Niederganges des Kredites der nationalpolitischen Tendenzen am Vorabend der Reichstagswahlen feststellen.

Die Entdeutschung Südtiros

Der Faschismus gegen die deutschen Minderheiten.

Zinsbrud. Bekanntlich wurde vor zwei Tagen in Rom ein Protest der Südtiroler Gastwirte gegen die südtiroler „Propaganda“ veröffentlicht. Wie die „Zinsbruder Nachrichten“ hierzu aus Bozen berichten, wurden am vergangenen Dienstag sämtliche Hoteliers und Gastwirte von Bozen und Merano zur Bozener Präfektur berufen, wo ihnen die betreffende Protesterklärung zur Unterschrift vorgelegt wurde. Der Unterschrift vor der Behörde konnte sich natürlich kein einer der vorgeladenen Gastwirte entziehen.

Während bisher die Italienisierung von Familiennamen in Südtirol nur auf Ansuchen der betreffenden Personen erfolgte, veröffentlicht nunmehr die faschistischen Bozener Blätter die Mitteilung, daß diese Italienisierung nunmehr auch durch das Einschreiten der Behörden erfolgen kann, auch wenn der Interessierte keinerlei diesbezügliche Schritte unternimmt. Der Gebrauch des geänderten Schreibnamens ist Pflichtsache. Nichtbeachtung wird mit Geldstrafe von 500 bis 5000 Lire bestraft. Gleichzeitig mit diesen Mitteilungen der faschistischen Blätter wird im Bozener Amtsblatt bereits das erste Dekret über eine derartige zwangsweise Italienisierung veröffentlicht.

Keine politische Amnestie in Frankreich

Paris. Von sozialistischer Seite ist der Versuch unternommen worden in der Kammer eine Diskussion über eine allgemeine politische Amnestie durchzuführen. Die Ziviljustizkommission, die sich mit dem dringlichen Antrag der Sozialisten sofort beschäftigte, lehnte den Vorschlag jedoch ab. In linksstehenden Kreisen wurde dieser Versuch unternommen, um die inhaftierten kommunistischen Abgeordneten und Anhänger für die bevorstehenden Wahlen frei zu bekommen.

Die Danziger Delegation für Genf

Genf. Zu der am 5. März beginnenden Tagung des Rates des Völkerbundes in Genf haben sich als Delegierte der Freien Stadt Danzig heute nach Genf begeben: der Präsident des Senates Dr. Sahm, Senator Dr. Volkmann, Senator Dr. Kamnitzer und Oberregierungsrat Dr. Ferber. Auf der Tagesordnung des Rates steht von Danziger Fragen nur die Entscheidung des Haager ständigen internationalen Gerichtshofes über das Klagerrecht der Danziger Eisenbahner. Außerdem wird die Danziger Delegation mit dem Finanzkomitee des Völkerbundes Fragen des Danziger Etats und der Danziger Beamteneinstellung besprechen.

Annäherung an Woldemaras?

Konno. In ununterrichteten Kreisen glaubt man, daß Ministerpräsident Woldemaras in absehbarer Zeit in den Christlich-Demokraten, der größten Partei Litauens die bekanntlich bisher in Opposition zur Regierung standen, eine Stütze finden wird. Insbesondere soll es die hohe Gesellschaft Litauens mit den Interessen des Landes als unvereinbar ansehen, wenn der Kampf gegen die Regierung durch die alten Führer der Partei, der letzten Endes nur der Befriedigung ihrer persönlichen Machtbedürfnisse dient, fortgesetzt wird. Vieles was Widas erfährt in diesem Zusammenhang, daß Krapanitschius sein Amt als Vorsitzender der Partei infolge der Unzufriedenheit der Gesellschaft habe niederlegen müssen. Im gegenwärtigen Augenblick ist man anscheinend in Konno bestrebt, neue, der Regierung günstiger gesonnene Männer an die Spitze der Christlich-Demokratischen Partei zu bringen. Falls Woldemaras dieses gelingen sollte, wäre seine Stellung soweit gestärkt, daß die noch verbleibende Opposition ihm kaum noch gefährlich werden könnte.

Beruhigung in Indien?

London. Wie aus Delhi berichtet wurde, stattete der Vorsitzende der englischen Verfassungskommission, Sir John Simon, dem Präsidenten der gesetzgebenden Versammlung in Madras einen Besuch ab, abgleich Sir John Simon den Präsidenten der gesetzgebenden Versammlung in Delhi nicht aufgesucht hatte. Man hoffte jetzt, daß der Besuch dazu beitragen wird, zwischen einigen Vertretern der Linken, die bisher die Kongressbewegung unterstützen und der Kommission eine Verbindung zu schaffen, die die Basis für eine allmähliche Annäherung weiter Kreise darstellen soll.

Wahltag ist Zahltag!

Die Arbeiterklasse unserer engeren Heimat stellt 78 Prozent der Bevölkerung in der Wojewodschaft, also die Mehrheit, und dennoch wird sie nicht in ihrem Sinne, sondern nach privatkapitalistischem Rezept regiert. Das ist die Folge der Zersplitterung der Arbeiterbewegung und nicht zuletzt die Auswirkungen des Nationalismus, wie er gerade hier grassiert. Während in den Monaten nach dem Zusammenbruch und bis in das Jahr 1922 die Arbeiterklasse immerhin noch gewisse Rechte hatte, wurden diese abgebaut und die folgende Arbeitslosigkeit führte dazu, daß heut der größte Teil der Arbeiterklasse nicht einmal wagt, für ihr Recht dort einzutreten, wo sie es ohne weiteres auch durchsetzen könnte. So kam es, daß eine Reihe von Niederlagen eingestekt wurden und daß die Arbeitgeber immer mehr den Herrschaftspunkt herauskehren und sogar die Arbeiterklasse um den Rest ihrer Rechte bringen wollen. Nun hat die Arbeiterklasse kein anderes Mittel in der Hand, als ihre Organisationen und auch diese sind infolge der nationalistischen Bestrebungen geschwächt, es ist nicht möglich durch sie größere Erfolge zu erringen, weil oft der Patriotismus über die sozialen Forderungen steigt. An Lohnbewegungen, wie sie der Teuerung entsprechen würden, ist nicht zu denken und die Regierung hat sich bei keiner Gelegenheit den Arbeitern gewogen gezeigt, sondern ist ständig den Kapitalisten an die Hand gegangen, hat ihre Pläne auf Verlängerung der Arbeitszeit nicht nur gebilligt, sondern auch durch einseitige Entscheidungen den Achtstundentag so gut wie beseitigt. Immer wird darauf verwiesen, daß wir die beste soziale Gesetzgebung haben, aber leider bleibt sie nur auf dem Papier stehen, denn bei den Wahlen haben immer die Gegner des Klassenbewußten Proletariats daraus Vorteile gezogen. Und wenn es so weiter gehen wird, so werden wir bald schlimmer stehen, wie in der Vorkriegszeit, wo jede Lohnzulage ganz von den Wünschen der Arbeitgeber abhängig war und eine einseitige Wettbewerbswirtschaft in den Betrieben auf der Tagesordnung war.

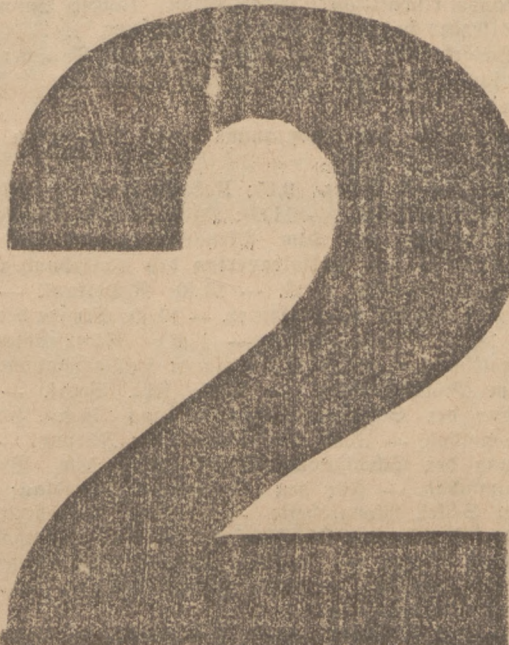
Alle Rechte, die sich die Arbeiterklasse erkämpft hat, waren nur möglich, weil sich die Arbeiter zu den gesetzgebenden Instanzen eine bestimmte Position errungen haben. Gewiß noch lange nicht die Macht erobert, die ihr zusteht, aber man mußte mit ihnen rechnen. Und was an sozialen Errungenschaften in Polen besteht, ist das Werk der sozialistischen eingestellten Volksregierung Daszynski, die unter anderem auch das Wahlrecht der polnischen Arbeiterklasse und auch den Frauen gewährte, während die reaktionären Parteien zunächst überhaupt kein Parlament haben wollten, sondern von einer Ständekammer träumten. Und auch heute gehen ihre Bestrebungen dahin, die Rechte der Arbeiterklasse einzuschränken, sie von der Anteilnahme am politischen Leben auszuschalten und ihnen jene Rolle zuzuweisen, welche ihnen die kaiserlichen Regierungen und der Zar gewährten. Sie haben Versuche gemacht, das Wahlrecht nicht nur einzuschränken, sondern ganz aufzuheben und ihre beste Methode zur Beseitigung der Teuerung war Militär gegen Arbeitslose und demonstrierende Arbeiter. Und wenn die heutigen bürgerlichen Parteien bei den kommenden Wahlen die Mehrheit erringen sollten, dann unterliegt es keinem Zweifel, daß sie ihre reaktionäre Politik noch in viel schärferer Form durchführen werden, bis sie schließlich ganz die Vorkriegszeit erreicht haben. Die augenblickliche Wirtschaftskonjunktur gibt ihnen die Möglichkeit dazu und in der Einschränkung der Rechte der breiten Massen, sind sich alle deutschen und polnischen bürgerlichen Arbeiter einig. Wenn besonders die deutsche Wahlgemeinschaft so sehr von Demokratie heuchelt, so nur, weil sie weiß, daß auch für die Minderheit die erste Voraussetzung eines Erfolges, die Demokratie ist. Aber in wirtschaftlichen Fragen da spricht man nur noch von „berechtigten“ Forderungen der Arbeiter, wobei das Wort berechtigt im Sinne des Herrn Sabat ist: willst Du mehr verdienen, so arbeite länger und die Löhne müssen im Interesse des Exports niedriger gehalten werden und die Inlandspreise möglichst hoch, sollen von der Arbeiterklasse getragen werden. Wenn heute die Mietszinse in der Wojewodschaft schon die Friedensmieten zum Teil überstiegen haben, so ist dies mit dem Werk der deutschen Wahlgemeinschaft, die gegen die Einhaltung der Mietsteigerung war, welche wir Sozialisten wiederholt beantragt haben. Und als wir Erweiterung des Betriebsrätegesetzes forderien, da hat auch die deutsche Fraktion gegen den Antrag gestimmt, er ist dann nach Warschau überwiesen worden, wo er bis heute noch ruht und keine Erledigung fand. Ähnlich verhält es sich mit der Einführung des polnischen Gesetzes betreffend des Achtstundentages, welcher mit Ausnahme der Wojewodschaft Schlessen in der ganzen polnischen Republik Geltung hat. Auch er ruht in Warschau, weil die bürgerlichen Parteien für solche sozialen Forderungen der Arbeiterklasse kein Interesse haben, weil diese geeignet sind, die Gewinne einzuschränken. Und aus diesen Ereignissen sollte die Arbeiterklasse lernen, sollte erkennen, daß es zwischen den Vertretern der kapitalistischen Wirtschaftsordnung und der Arbeiterklasse keine Verständigung geben kann.

Nun schreiten wir am 4. und 11. März zur Wahl. Es ist uns wieder Gelegenheit gegeben, zu zeigen, wie wir regiert werden wollen. Vielleicht sind es sogar die letzten Wahlen, wo noch um die Gunst der Arbeiterstimmen geworben wird. Alles hängt vom Ausgang der Wahlen ab und wir wissen, daß man uns selbst bei einem günstigen Ausgang nichts freiwillig geben wird, daß wir um unser Recht kämpfen müssen. Aber der Kampf kann erleichtert werden, wenn die Position der Arbeiterklasse durch eine starke parlamentarische Vertretung gesichert ist. Bisher war dies weder im Sejm noch im Senat der Fall und vom schlesischen Sejm wollen wir erst gar nicht sprechen. Die Gesetze werden alle im Parlament beschlossen und da kommt es darauf an, auch dort eine gesicherte Vertretung zu haben. Wir können sie erlangen, wenn wir am 4. März alle für die Liste des sozialistischen Blocks stimmen, uns für die Liste 2 entscheiden. Und dies darf nicht genügen, daß wir es selbst tun, sondern wir müssen für diese Liste auch Verberater verrichten. Wenn die freigewerkschaftliche Rundschau nochmals erscheint, ist die Entscheidung gefallen, es wird dann schon zu spät sein, sich mit den Folgen zu beschäftigen.

Wer aber will, daß es der Arbeiterklasse besser gehe, wer einen energischen Kampf gegen die Teuerung geführt wissen will, wer den Achtstundentag durchgeführt wissen will, wer sich den Ausbau der sozialen Gesetzgebung wünscht, wer den Einfluß der Arbeiterklasse in der Politik nicht vermissen will, für den kann es nur eine Liste geben, die Liste

Nr. 2

Den Achtstundentag sichert Dir die Liste



Kampfentschlossenheit auf der ganzen Linie

In seiner großen Antwortrede auf den Revisionsantrag des englischen Regierungsvertreters stellte Jouhaux auf der letzten Verwaltungsratsitzung des Internationalen Arbeitsamtes u. a. die Frage, in welche Lage man denn die Länder bringen wolle, die bereits ratifiziert haben. „Werden Sie vielleicht sagen“, so rief Jouhaux aus, „daß diese Staaten nicht intelligent genug waren, um die allgemeine Lage zu verstehen und daß sie sich überstürzt auf den Weg der Ratifizierung begeben haben?“ Der Widerhall blieb nicht aus: Ein bürgerliches Blatt Belgiens, also eines Landes, das bedingungslos ratifiziert hat, spricht davon, daß Belgien „das Opfer schöner Illusion sei“ und die „Rolle des Geprellten“ spiele.

Dagegen können allerdings unsere belgischen Kameraden geltend machen, daß die gleichen Kritiker an anderer Stelle ausdrücklich Zugeständnisse machen, wonach die Washingtoner Konvention Belgien nur Pflichten auferlegt, die es sowie durch seine nationale Gesetzgebung übernommen hat. Bei dieser Gelegenheit kann auch darauf hingewiesen werden, daß in der Revisionsfrage schließlich nicht nur die großen Industriestaaten und jene Länder mitzählen, die bedingungslos ratifiziert haben. Neben Belgien und der Tschechoslowakei haben auch Bulgarien, Chile, Griechenland, Indien und Rumänien ratifiziert. Bedingungsweise haben ratifiziert: Oesterreich, Frankreich, Italien und Lettland. Die Ratifizierung ist den kompetenten Behörden empfohlen resp. vorgelegt worden in Deutschland, Argentinien, Brasilien, Spanien, Estland, Luxemburg, Paraguay, Holland und Uruguay. Gesetze, die den Achtstundentag zur Grundlage haben, stehen in folgenden Ländern in Behandlung oder Ausarbeitung: Deutschland, Argentinien, Oesterreich, Bolivien, Brasilien, China, Spanien, Estland, Finnland, Indien, Italien, Lettland, Luxemburg, Polen, Jugoslawien, Schweden, Uruguay usw.

Daß auch solche Tatsachen ihr Gewicht haben, zeigt sich gerade im Falle Frankreichs, wo der Ministerrat sich kürzlich ausdrücklich gegen die Revision der Konvention ausgesprochen hat. Einen weiteren Beweis liefert Spanien, dessen beratende Nationalversammlung sich soeben mit der Arbeitszeit im Bergbau befaßt hat, wobei der Präsident zum Ausdruck brachte, daß er die Revision des Washingtoner Abkommens nicht annehmen werde.

Mit Recht sagt der Brüsseler „Poupele“: „Die 8 Stunden sind nicht in Gefahr, weil sie in den Sitten und Gewohnheiten der zivilisierten Länder Fuß gefaßt haben und weil der Marmor in Genf dem Proletariat zum Bewußtsein gebracht hat, daß die Bewahrung dieses Gutes vor allem von ihm selber abhängt und es stark genug ist, die Stellung zu halten.“

In einer im deutschen Reichstag gehaltenen Rede sagte kürzlich B. Graßmann, Vize-Vorsitzender des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, in diesem Zusammenhang:

„Ich halte mich auch für berechtigt, das Bedauern auszusprechen, daß in Verfolg des Vorstoßes des englischen Regierungsvertreters bei der Abstimmung über den von dem französischen Vertreter ausgenommenen Antrag der deutsche Regierungsvertreter sich der Stimme enthalten hat. Nach meinem Dafürhalten war die deutsche Regierung genötigt, angesichts ihrer wiederholt hier abgegebenen Erklärungen zu sagen, sie sei gewillt, zu ratifizieren und tragt dieser von ihr vollzogenen Ratifizierung dafür zu sorgen, daß in Deutschland der Achtstundentag gemäßig festgelegt wird.“

Wir werden unbeschadet der Anwürfe der Linksradikalen in unserem Kampf um die Herbeiführung des Achtstundentages

mit gewerkschaftlichen Mitteln nicht erlangen. Wir werden aber auch in unserem politischen Kampf um die gesetzliche Festlegung des Achtstundentages in Deutschland nicht erlahmen, und ich benutze die Gelegenheit heute, einen Gruß und einen Appell an unsere Arbeitskameraden in England und in Frankreich zu richten, sich stark zu machen zu den kommenden Wahlen und dafür zu sorgen, daß in all den Ländern, die in diesem Jahre ihre Stimmberechtigten zur Wahlurne rufen, das Ergebnis der Wahl ein solches sei, daß Parlamente und Regierungen ans Rudef kommen, die man als sozial fortschrittlich, die man als wirtschaftlich weitblickend bezeichnen kann.

Die „Gewerkschafts-Zeitung“, das Organ des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, geht noch einen Schritt weiter und will, daß die Arbeit, falls es zu einer Nachprüfung der Konvention kommen sollte, die Durchsetzung von Verbesserungen zu ihrer Parole machen: Das wird nicht leicht sein. Aber sind nicht Schwierigkeiten dazu da, damit sie überwunden werden? Bei der Verkürzung der Arbeitszeit handelt es sich um eine der wichtigsten Aufgaben der Arbeiterbewegung. Seit jeher hat diese darauf Wert gelegt und große Kämpfe darum geführt. Wenn sie jetzt international ihre ganze Kraft einsetzt, um die von der englischen Regierung geführte Reaktion zu schlagen, so wird sie nicht nur dies fertig bringen, sondern darüber hinaus Erfolge erringen.

Wir sind uns durchaus klar, welche Bedeutung die Genfer Übereinkommen überhaupt haben und sind sehr zufrieden, wenn sie eine solide Brücke bilden, auf der die sozialpolitisch rückständigen Länder nachkommen. Aber beim Achtstundentag ist anders. Hier handelt es sich um das Fundament jeglichen sozialen Fortschritts. Hier muß in Genf ganze Arbeit gemacht werden. Nicht nur in Genf, sondern in allen Ländern. Voraussetzung dazu ist die Stärkung der gewerkschaftlichen und politischen Arbeiterbewegung.

Die Organisation der Arbeitsaufsicht in Deutschland

In Deutschland befaßen sich zurzeit noch drei Körperschaften mit der Durchführung des Arbeitsschutzes: die Gewerbeaufsicht, die Berufsgenossenschaften und die Polizei. Ein von der Regierung entworfenes, neues Arbeitsschutzgesetz hat im allgemeinen die alte Organisation zur Grundlage und lediglich eine Vereinheitlichung des geltenden Rechtes zum Zwecke, wobei allerdings auch einige kleine Verbesserungen vorgezogen sind. Im Interesse einer wirklich durchgreifend einheitlichen Gestaltung des Arbeitsschutzes haben deshalb die freien Gewerkschaften Änderungsanträge zur Regierungsvorlage aufgestellt, die auf die Beseitigung des bestehenden Nebeneinanders von Körperschaften hingen und verlangen, daß das Reich Träger der Arbeitsaufsicht und auf dem Gebiete der Durchführung des Arbeitsschutzes die Arbeiterklasse weitgehend herangezogen wird.

Vor allem wird dabei Nachdruck darauf gelegt, daß der Arbeitsschutz nicht mehr vom Allgemeinen Arbeitsschutz getrennt wird. „Wissen wir doch heute“, so schreibt die „Gewerkschafts-Zeitung“, das Organ des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, „daß Ähnliches durchaus nicht allein auf Maschinen zurückzuführen sind. Vielmehr können sie ebenso gut durch schlechte Raumeinteilung, ungünstiges Licht, durch Ermüdung infolge von Geharbeit, schlechten Afforden, ungenügender Entlüftung usw., entstehen.“

Mit der Eingliederung der Unfallverhütung in die Arbeitsaufsicht soll ein Zustand geschaffen werden, der sich bereits in allen Ländern außerhalb Deutschlands als praktisch und durchführbar erwiesen hat.

Der Vorschlag der Gewerkschaften, das Reich zum Träger der Arbeitsaufsicht zu machen, wird wahrscheinlich in den Kreisen der beteiligten Behörden sowie den Volkgruppen, die sich für eine Stärkung des Verwaltungsapparates des Reiches einsetzen, großes Entgegenkommen finden. Was den Aufbau der künftigen Reichsarbeitsaufsicht betrifft, so soll das Schwergewicht wie bisher bei den lokalen Arbeitsaufsichtsämtern liegen. Die Bearbeitung der Fälle selbst und die Durchführung eingehender Untersuchungen auf den Gebieten des Arbeitsschutzes ist dann Sache von Landesarbeitsaufsichten, während die Reichsarbeitsaufsicht nur für die Einheitlichkeit in der großen Linie der Durchführung des Arbeitsschutzes zu sorgen hätte.

Bei der Zusammensetzung der Arbeitsaufsichtsämter sollen angesichts der wachsenden Bedeutung der gewerbehygienischen, arbeitsrechtlichen und sozialpolitischen Aufgaben der Aufsichtsbeamten die Beamten gleichmäßig mit je einem Techniker (oder Chemiker) Mediziner und Volkswirtschaftler besetzt werden. „Größtes Gewicht aber müssen die Gewerkschaften auf die endliche Erfüllung des jahrhentealten Wunsches der Arbeitnehmerschaft auf Einstellung von Arbeitnehmern in den Arbeitsaufsichtsämtern legen. Was bisher in dieser Richtung in den Ländern geschehen ist, genügt in den meisten Fällen den berechtigten Forderungen der Arbeitnehmerschaft.“ Der Änderungsentwurf der Gewerkschaften sieht daher grundsätzlich eine starke Vermehrung der Aufsichtsbeamten aus der Arbeitnehmerklasse vor.

Große Bedeutung legen die Gewerkschaften der Selbstverwaltung in der Arbeitsaufsicht bei. Denn der Arbeitsschutz steht und fällt nach ihrer Ansicht mit der Tätigkeit der Arbeitsaufsichtsbeamten. Der Änderungsentwurf regelt daher eingehend die Anforderungen an Vor- und Ausbildung sowie Prüfung der Arbeitsaufsichtsbeamten und fordert in diesen Punkten, wie bei der Besetzung der Ämter selber, ein weitgehendes Mitspracherecht des Selbstverwaltungskörpers, d. h. von ständigen Ausschüssen, die sich zu zwei Dritteln aus Vertretern der Arbeitnehmer und zu einem Drittel aus Delegierten der Arbeitgeber zusammensetzen sollen. Diese Zusammensetzung ergibt sich notwendig aus der Überlegung, daß es sich beim Arbeitsschutz um das Recht der Arbeitnehmer auf eine unfaul- und gesundheitsichere Beschaffenheit ihrer Arbeitsstätte, für die Arbeitgeber dagegen um öffentlich-rechtliche, aus dem Allgemeininteresse der Gesellschaft an der Erhaltung der Arbeitskraft ihrer Mitglieder entspringende Pflichten handelt.

Ein im wissenschaftlichen Organ des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes „Die Arbeit“ (Februar) veröffentlichte, ausführliche Darstellung des Gegenentwurfes der Gewerkschaften schließt mit folgenden Worten: „Diese Ausführungen werden gezeigt haben, daß es den Gewerkschaften Ernst mit einem gründlichen Ausbau der Arbeitsaufsicht ist. Man darf annehmen, daß sie in diesem Streben von allen einsichtig gen Kreisen unterstützt werden. Arbeitskraft ist Volkskraft! Wom an der Grundhaltung unserer Arbeiterklasse und damit unseres Volkes gelegen ist, muß sich daher für die Verwirklichung des Gegenentwurfes der Gewerkschaften einsetzen.“

